

Stadt Amberg

Marktplatz 11
92224 Amberg



Beschlussvorlage	Vorlage-Nr:	002/0187/2012
	Erstelldatum:	öffentlich
	Aktenzeichen:	30.10.2012
Haushalt der Stadt Amberg für das Haushaltsjahr 2013		
Referat für Finanzen, Wirtschaft und Europaangelegenheiten		
Verfasser: Herr Josef Weigert		
Beratungsfolge	08.11.2012	Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss

Sachstandsbericht:

Mit Schreiben vom 10.10.2012 wurde den Stadtratsmitgliedern der Haushaltsentwurf 2013 mit Finanzplanung bis 2016 vorgelegt, mit folgenden Endzahlen:

	Verwaltungshaushalt	Vermögenshaushalt	
	Einnahmen/Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
2013	99.116.992 €	21.368.132 €	24.617.416 €
2014	100.315.618 €	14.332.618 €	15.715.492 €
2015	101.867.118 €	12.352.518 €	12.891.942 €
2016	103.474.018 €	11.953.918 €	12.049.142 €

Durch zwischenzeitlich eingetretene Änderungen haben sich verschiedene Ansätze, wie in der Anlage 1 dargestellt, entsprechend vermindert oder erhöht.

Verwaltungshaushalt

Die Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen wurden im Verwaltungshaushalt jeweils durch Reduzierung der Zuführungen zum Vermögenshaushalt ausgeglichen. Die Mindestzuführungen werden in jedem Fall erreicht.

Durch die Änderungen ergeben sich folgende neue Endsummen:

	Einnahmen / Ausgaben
2013	99.096.992 €
2014	100.290.218 €
2015	101.836.218 €
2016	103.437.518 €

Vermögenshaushalt

Die einzelnen Veränderungen sind in der beiliegenden Fortschreibungsliste (Anlage 1 / Ziffer 2) dargestellt. Der Vermögenshaushalt 2013, einschl. der Finanzplanung bis 2016, ist derzeit noch nicht in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Mögliche Deckungsvorschläge wurden den Fraktionsvorsitzenden am 02.10.2012 vorgestellt. Eine Darlehensaufnahme ist laut Eckdatenbeschluss vom 07.05.2012 nicht vorgesehen.

Es ergeben sich folgende neue Endsummen:

	Einnahmen	Ausgaben	Unterdeckung
2013	21.462.432 €	24.813.316 €	3.350.884 €
2014	14.072.818 €	15.715.492 €	1.642.674 €
2015	12.084.218 €	12.891.942 €	807.724 €
2016	11.676.218 €	12.284.142 €	607.924 €

08.11.2012
SI/HA/74/12

Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss

Beschluss: Empfehlung an den Stadtrat

Der Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat, den fortgeschriebenen Haushalt 2013 sowie die fortgeschriebene Finanzplanung 2014 – 2016 unter Berücksichtigung der Stadtratsentscheidung über die Gewerbesteuer-Erhöhung um 1,5 Mio € (durch Erhöhung des Hebesatzes von 350 v.H. auf 380 v.H / sh. Ziffer 3.4, Buchst. a) bzw. über entsprechende, anderweitige Deckungsmöglichkeit(en), zu beschließen.

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

Vorgelegter Haushaltsentwurf

Der mit Schreiben des Herrn OB Dandorfer vom 10.10.2012 den Stadtratsmitgliedern übersandte Entwurf des Haushalts 2013 der Stadt Amberg (Stand 09./11.10.2012) mit den zwischenzeitlich eingetretenen Änderungen, wie im Sachstandsbericht dargestellt (siehe auch Fortschreibungsliste Stand 30.10.2012), diene zur Kenntnis.

Einwendungen wurden nicht erhoben.

Behandlung der vorliegenden Anträge der CSU-, SPD- und ödp-Stadtratsfraktion zum Haushaltsentwurf

(nach der Reihenfolge des Eingangs und ggf. nach Thematik zusammengefasst)

Die Anträge der ödp-Stadtratsfraktion werden jeweils von der Ausschussgemeinschaft Bündnis 90 / Die Grünen und Freie Wähler unterstützt.

Da der Vermögenshaushalt 2013, einschl. der Finanzplanung bis 2016, noch nicht in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen war (sh. Unterdeckung für 2013 in Höhe von 3.350.884 €), wurden zuerst die Anträge behandelt, die zu Mehr-Einnahmen und / oder Minder-Ausgaben führen sollen.

1. Konzept zur Parkraumbewirtschaftung

(HHSt. 0.6801.1192 – Parkplatzgebühren

HHSt. 0.6801.1190 – Gebühren für Handy-Parken)

1.1. Laut Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 22.10.2012 muss nach einigen Jahren der Erprobung das Parkraumkonzept „PIA“ fortgeschrieben und sollten dabei folgende Ziele verfolgt werden:

a) Die Parkzeit in der Altstadt von 2 Stunden soll beibehalten werden, wobei allerdings an eine moderate Erhöhung der Parkgebühren in der Innenstadt gedacht wird.

b) Die Einführung von Parkgebühren in den Parkdecks und –garagen rund um das „Amberger Altstadtteil“, wobei bei der Höhe der Parkgebühren ein abgestuftes Konzept mit dem Leitsatz verfolgt werden soll:

Je näher an der Innenstadt, umso teurer.

Von der Verwaltung soll ein entsprechendes Konzept erarbeitet und im 1. Halbjahr 2013 den zuständigen Stadtratsgremien zur weiteren Beschlussfassung vorgestellt werden.

1.2. Laut Antrag der ödp-Stadtratsfraktion vom 31.10.2012 wird die Verwaltung beauftragt, ein Konzept zur Parkraumbewirtschaftung vorzulegen, das durch Einführung / Erhöhung der Parkgebühren zu einer Mehr-Einnahme von 1.000.000 € je Haushaltsjahr führt.

Die Kosten für Straßenunterhalt, die Konkurrenz mit dem ÖPNV-Angebot (insbes. City-Bus) und das integrierte Klimaschutzkonzept der Stadt Amberg erfordern ein derartiges Parkraumbewirtschaftungskonzept. Ferner ist in näherer Zukunft die Sanierung des Parkdecks Marienstraße (ca. 1,7 Mio €) zu finanzieren.

1.3. Laut Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 02.11.2012 soll die Verwaltung beauftragt werden, ein Konzept zur moderaten Erhöhung der Parkgebühren mit dem Ziel einer zusätzlichen Einnahme von 1.000.000 € pro Jahr zu entwickeln. Dabei ist eine Staffelung der Parkgebühren hinsichtlich der Nähe zur Altstadt in die Überlegungen einzubeziehen.

Eine moderate Anhebung der „konkurrenzlos günstigen“ Parkgebühren könnte den angespannten Haushalt durch eine Verbesserung der Einnahmesituation spürbar entlasten.

1.4. Die Stadt Amberg hat zuletzt (2008 – 2011) jährlich Parkgebühren zwischen 458.000 € und 483.000 € eingenommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Verkehrsausschusssitzung im Dezember 2012 (mit anschließender Behandlung im Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss sowie Stadtrat) ein Parkraumbewirtschaftungskonzept zu erstellen, das primär folgende Vorgaben umsetzt:

- a) Je näher der Parkraum zur Innenstadt liegt, desto teurer wird das Parken.
- b) Die Zahl der bewirtschafteten Parkplätze wird durch Einbeziehung bisher nicht bewirtschafteter (bisher gebührenfreier) Parkplätze erhöht.

Im Ergebnis soll damit eine jährliche Mehr-Einnahme von 1.000.000 € erzielt werden.

(Abstimmungsergebnis: 10 : 0)

2. Kürzung des Einzelplanes 4 / Soziale Sicherung

- 2.1. Laut Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 22.10.2012 sollte der Einzelplan 4 (ursprünglich) um 1.000.000 € gekürzt und damit den Rechnungsergebnissen der vergangenen Jahre angepasst werden.

Die Mittel in Höhe von 1.000.000 € sollten zum Bau der Zweifachsporthalle an der Dreifaltigkeitsschule eingesetzt werden, damit der Neubau im Jahr 2013 gestartet werden kann.

Der Antrag wurde aufgrund der vorangegangenen Diskussion über eine kurzfristige vom Jugendamt beantragte, nicht auf der Tagesordnung des Hauptverwaltungs- und Finanzausschusses stehenden, überplanmäßigen Mittelbereitstellung im laufenden Haushalt 2012 i. H. v. insgesamt 565.000 € (siehe Beschlussvorlage vom 07.11.2012, Vorlage-Nr.: 002/0196/2012) durch Herrn Fraktionsvorsitzenden Mußemann in der Sitzung mündlich insoweit geändert, dass die Kürzung des Einzelplanes 4 im Haushalt 2013 auf 500.000 € reduziert werden sollte.

- 2.2. Laut Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 01.11.2012 sollte der Einzelplan 4 um 500.000 € gekürzt werden, da der Ansatz deutlich höher liegt als die Rechnungsergebnisse der vergangenen Jahre.

Angesichts des Umstandes, dass durch eine wahrscheinliche Abschwächung der Konjunktur im Laufe des Jahres 2013 mit höheren Ausgaben gerechnet werden müsse, sollte die Kürzung den Betrag von 500.000 € nicht übersteigen.

- 2.3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausgaben des Einzelplans 4 im vorliegenden Haushaltsentwurf um 500.000 € zu reduzieren.

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

Die Reduzierung wird durch Verringerung folgender Ausgabe-Ansätze umgesetzt:

- a) 20.000 € (HHSt. 0.4011.6551)
(Verw. der Sozialhilfe; Sachverständigenkosten)
 - b) 25.000 € (HHSt. 0.4071.4147)
(Jugendamt; Entgelte für tariflich Beschäftigte)
 - c) 53.100 € (HHSt. 0.4641.7008)
(KiTa; Betriebskostenförderung nach dem BayKiBiG)
 - d) 1.900 € (HHSt. 0.4682.7092)
(Zuschüsse Jugendhilfe)
 - e) 400.000 € (HHSt. 0.4820.7830)
(Grundsicherung der Arbeitssuchenden; Leistungen für Unterkunft und Heizung (KdU))
- 500.000 €

3. Anhebung von Steuer-Hebesätzen

3.1. Laut Antrag der ödp-Stadtratsfraktion vom 31.10.2012 sollten die Hebesätze wie folgt erhöht werden für:

Gewerbsteuer	von	350 v.H.	auf	380 v.H.
Grundsteuer A	von	250 v.H.	auf	300 v.H.
Grundsteuer B	von	340 v.H.	auf	350 v.H.

3.2. Laut Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 04.11.2012 sollte der Hebesatz für die Gewerbsteuer von 350 v.H. auf 380 v.H. erhöht werden.

3.3. Die beantragten Hebesatz-Erhöhungen würden nach den bisher im vorliegenden Haushaltsentwurf eingestellten Ansätzen voraussichtlich zu folgenden Mehr-Einnahmen führen:

a) Gewerbsteuer:	+	1.500.000 €
(von 350 v.H. auf 380 v.H.)		
b) Grundsteuer A:	+	10.000 €
(von 250 v.H. auf 300 v.H.)		
c) Grundsteuer B:	+	150.000 €
(von 340 v.H. auf 350 v.H.)		

3.4. Nach ausführlicher und kontroverser Diskussion wurde

a) die Beschlussfassung über den Antrag auf Erhöhung des Gewerbebesteuer-Hebesatzes von 350 v.H. (seit 1973 unverändert) auf 380 v.H. zurückgestellt und an den Stadtrat am 19.11.2012 verwiesen.

Die entsprechende Anhebung des im vorliegenden Haushaltsentwurf 2013 bisher enthaltenen Gewerbebesteueransatzes (18.500.000 € / HHSt. 0.9000.0030) um 1.500.000 € auf 20.000.000 € wurde, vorbehaltlich der Beschlussfassung über die Hebesatzerhöhung durch den Stadtrat am 19.11.2012, in den Haushaltsentwurf 2013 aufgenommen (sh. auch Ziffer 28).

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

b) die Beschlussfassung über den Antrag auf Erhöhung der Hebesätze für die

Grundsteuer A	von	250 v.H.	auf	300 v.H.
Grundsteuer B	von	340 v.H.	auf	350 v.H.

zurückgestellt.

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

4. Gewinnabführung durch die Stadtwerke Amberg
(HHSt. 0.8300.2110 – Ansatz: 1.000.000 €)

Laut Antrag der ödp-Stadtratsfraktion vom 31.10.2012 wurde für den Neubau der Zweifachsporthalle an der Dreifaltigkeitsschule als Deckungsvorschlag für die Anfinanzierung im Haushalt 2013 eine Gewinnabführung in Höhe von 1.000.000 € aus dem Gewinn der Stadtwerke Amberg vorgeschlagen.

Nach kontroverser Diskussion wurde beschlossen, dass die Stadtwerke Amberg an die Stadt Amberg im Haushaltsjahr 2013 zur Sicherstellung der notwendigen Einnahmen bzw. als Beitrag zur Schließung der bestehenden Deckungslücke zunächst eine einmalige Netto-Gewinnabführung in Höhe von 1.000.000 € zu leisten haben.

(Abstimmungsergebnis: Zustimmung: 8 Ablehnung: 2)

Die CSU-Stadtratsfraktion (Vorsitzender Herr Mußemann) betont ausdrücklich und bittet um Aufnahme ins Protokoll, dass die CSU-Stadtratsfraktion bei Bedarf zum Haushaltsausgleich auch bereit ist, einen Beschluss über eine höhere Gewinnabführung mit zu tragen.

Laut Herrn OB Dandorfer sollte in einer der nächsten Sitzungen ein Grundsatzbeschluss zur Prüfung der Gewinnabführung der städtischen Tochtergesellschaften gefasst werden.

5. Betreuungsplätze in der Großtagespflege

Auf Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 22.10.2012 wird die Verwaltung beauftragt, die Schaffung von Betreuungsplätzen in der Großtagespflege zu forcieren und den Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) als möglichen Träger bei der Schaffung entsprechender Betreuungsplätze zu unterstützen, um dadurch den Engpass bei der Tagespflege abzubauen.

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

6. Um- und Ausbau des Feuerwehrhauses Ammersricht
(HHSt. 1.1311.9453 – Ansatz: 83.000 €)

Die berufsgenossenschaftlichen Vorschriften untersagen, die Schutzanzüge der Feuerwehrleute zusammen mit den Fahrzeugen in einem Raum aufzubewahren.

Um diese Schutz- und Sicherheitsstandards auch für die Freiwillige Feuerwehr Ammersricht erfüllen zu können, ist der Anbau abgetrennter Umkleideräume für Feuerwehrmänner und –frauen unabdingbar.

Da sich die Freiwillige Feuerwehr Ammersricht bereiterklärt hat, den hierfür notwendigen Anbau überwiegend in Eigenleistung zu errichten und hierbei von den Gesamtkosten i. H. v. 122.300 € rund 40.000 € als Eigenleistung zu erbringen, werden für die Freiwillige Feuerwehr Ammersricht Mittel i. H. v. 83.000 € (hauptsächlich für Materialkosten) im Haushalt 2013 bereitgestellt.

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

In diesem Zusammenhang wurde die Verwaltung beauftragt, bei den Ortsteilfeuerwehren eine entsprechende Umfrage durchzuführen, ob bzw. inwieweit die o. g. berufsgenossenschaftlichen Anforderungen jeweils erfüllt sind und in einer der nächsten Sitzungen über das Ergebnis Bericht zu erstatten.

7. Erschließung neuer Baugebiete in Amberg

Zur Fortsetzung der familienfreundlichen Ansiedlungspolitik und zur Deckung der entsprechenden Nachfrage nach Baugrundstücken in Amberg wird die Verwaltung beauftragt, neue Bebauungspläne für Wohnbebauung in das Aufstellungsverfahren zu bringen und die Erschließung beplanter Baugebiete umzusetzen.

Das Baulandprogramm soll weiterhin Anwendung finden.

Für die Erschließung des Baugebietes „Fuchsstein Südost“ mit Gesamtkosten von 335.000 € werden im Haushalt 2013 folgende Mittel bereitgestellt:

- a) 280.000 € (HHSt. 1.6389.9501) für die Straße
- b) 55.000 € (HHSt. 1.7089.9502) für den Kanal.

Allerdings wird die Verwaltung im Hinblick auf die Ortsrandlage und die relativ hohen Kosten für den Straßenbau (280.000 €) beauftragt, zu prüfen, ob bzw. welche Kosteneinsparungen durch eine Senkung des Standards beim Straßenausbau möglich sind.

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

8. Konzeption Stadtmuseum Amberg

Mit dem Auszug der Archäologischen Staatssammlung im November 2012 (zurück nach München) und dem Freiwerden der entsprechenden Räume ergibt sich die Chance, das Amberger Stadtmuseum konzeptionell neu zu überdenken.

Mit dieser Thematik hat sich auch der Kulturausschuss in seiner Sitzung am 06.11.2012 befasst (siehe Konzept des Kulturreferates gemäß Beschlussvorlage vom 17.10.2012 / Vorlage-Nr. 006/0045/2012) und mit Beschluss eine Weiterführung des Museumskonzeptes mit den Aspekten Prechtl-Galerie und museumspädagogisches Konzept auf der Basis des vorgelegten Konzeptes der Verwaltung befürwortet. Das Museumskonzept soll bis zum nächsten Kulturausschuss im Frühjahr 2013 vorgelegt werden.

Der Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss stimmt dieser Vorgehensweise und dem entsprechenden Beschluss des Kulturausschusses vom 06.11.2012 zu.

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

9. Zusammenschluss von Einzelmaßnahmen bei Fließgewässern

Laut Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 22.10.2012 sollen Einzelmaßnahmen, die derzeit an den Fließgewässern in Amberg stattfinden, zu einem Projekt zusammengeschlossen werden (z. B. Hochwasserfreilegung Krumbach, Renaturierung Ammerbach, Hochwasserschutzmaßnahmen entlang des Oberlaufs Vils/ Neumühle/ Landesgartenschau Gelände).

Hierzu soll eine Grünplanung von einem leistungsfähigen Büro erstellt werden. Neben der aktuellen Maßnahmen Erfassung sollen auch Zukunftsaufgaben dargestellt werden (Naturschutz, Erholung, Grünstrukturen, Wander- und Radwege usw.).

Die Verwaltung wird beauftragt, diesen Antrag entsprechend umzusetzen.

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

In diesem Zusammenhang bittet die ödp-Stadtratsfraktion (Vorsitzender Herr Mrasek) um Auskunft über den Bearbeitungsstand zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 01.11.2011 zum Haushalt 2012, wonach ein Gesamtgutachten Hochwasserschutz für die Stadt Amberg erarbeitet werden sollte, auf dessen Grundlage entsprechende Maßnahmen zum Hochwasserschutz eingeleitet werden sollen.

Das Gutachten solle insbesondere die Gebiete um den Mariahilfberg, den Erzberg, Gailoh und Krumbach erfassen.

Im Hinblick auf diesen Antrag vom 01.11.2011 hat der Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss seinerzeit am 17.11.2011 beschlossen, das Wasserwirtschaftsamt Weiden bzw. Herrn Schobert von der Regierung der Oberpfalz in eine der nächsten Sitzungen des Hauptverwaltungs- und Finanzausschusses einzuladen, um die Gesamtkonzeption der Hochwasserschutzplanung für das Stadtgebiet Amberg vorzustellen, da für entsprechende Maßnahmen an den jeweiligen Gewässern 2. und 3. Ordnung verschiedene Zuständigkeiten (Freistaat Bayern, Gemeinden) bestehen.

(siehe Hauptausschussbeschluss zum Haushalt 2012 vom 17.11.2011, Ziffer 2.2)

10. Verkehrs- und Schulwegsicherheit:
Anschaffung weiterer Dialog-Displays zur Verkehrsüberwachung
 (HHSt. 1.1122.9352 und HHSt. 0.1122.6320)

Gemäß Hauptausschussbeschluss vom 09.11.2010, Ziffer 11 (zum Haushalt 2011) sowie vom 17.11.2011, Ziffer 5 (zum Haushalt 2012) sind mit dem Ziel, die Verkehrs- und Schulwegsicherheit zu verbessern, bereits „Verkehrs- und Geschwindigkeitsmeßgeräte“ angeschafft sowie auch Mittel zur Deckung der entsprechenden Betriebs- und Folgekosten bereitgestellt worden.

Zwischenzeitlich gibt es sowohl von Bürgern als auch von der Polizei zur Wirkung dieser Geräte sehr positive Reaktionen. Durch den Einsatz sog. Dialog-Displays, die die gefahrene Geschwindigkeit anzeigen, wird bei fast allen Autofahrern spontan eine Geschwindigkeitsreduzierung bewirkt. Außerdem liegt eine objektive Darstellung der tatsächlich gefahrenen Geschwindigkeit vor, so dass statistische Daten an die Polizei weitergegeben werden können, mit der Bitte, bei groben Verstößen gezielte und „scharfe“ Verkehrskontrollen durchzuführen.

Laut Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 22.10.2012 sollten deshalb weitere Dialog-Displays angeschafft und im Haushalt 2013 dafür Mittel i. H. v. 20.000 € zur Verfügung gestellt werden.

Dabei sollte die Anschaffung stationärer Geräte mit UMTS-Datenverbindung forciert werden, um damit den Verwaltungsaufwand möglichst gering zu halten.

10.1. Anschaffungskosten für Geräte
 (HHSt. 1.1122.9352 – Ansatz: 10.000 €)
 Abweichend von dem o. g. Antrag werden in Absprache mit Referat 3 für die Anschaffung weiterer, insbesondere stationärer Geräte im Haushalt 2013 Mittel i. H. v. (nur) 10.000 € eingestellt, da noch ein Haushaltsausgaberest aus dem Haushalt 2011 zur Verfügung steht.

10.2. Betriebs- und Folgekosten
(HHSt 0.1122.6320 – Ansatz: 25.000 €)

Abweichend von bzw. ergänzend zu dem o. g. Antrag werden in Absprache mit Referat 3 die restlichen 10.000 € nicht für die Beschaffung von Geräten bereitgestellt, sondern zur Deckung der erhöhten Betriebs- und Folgekosten.

Der mit Hauptausschussbeschluss vom 17.11.2011, Ziffer 5.2, ab dem Haushaltsjahr 2012 auf jährlich 15.000 € festgesetzte Ansatz wird daher im Haushalt 2013 (einmalig) um 10.000 € auf 25.000 € aufgestockt.

Da in Zukunft vermehrt stationäre Geräte zum Einsatz kommen und somit laufende Auf- und Abbaukosten in entsprechender Höhe nicht anfallen, wird der Ansatz ab dem Haushalt 2014 auf jährlich 20.000 € festgesetzt.

(Abstimmungsergebnis zu 10.1 und 10.2 jeweils 10 : 0)

11. Ausbau von Kinderkrippenplätzen

Im Haushalt 2013 sind für die Schaffung neuer Kindergärten- bzw. v. a. Kinderkrippenplätze Investitionszuschüsse von insgesamt rund 6 Mio. € eingestellt.

Der Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss erklärt – wie im letzten Jahr zum Haushalt 2012 – wieder seine grundsätzliche Bereitschaft zur Förderung von Kindertagesstätten.

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

12. Hochwasserschutz

Laut Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 22.10.2012 sollten im Haushalt 2013 Mittel i. H. v. 50.000 € eingestellt werden für

- die Umsetzung der Planungen des BA 4 der Hochwasserfreilegung Raigering und
- detaillierte Planungen für ein Maßnahmenkonzept zum Schutz vor Hangwasser rund um den Mariahilfberg

12.1. Hochwasserschutz Raigering / BA 4
(HHSt. 1.1430.9584 – Ansatz: 50.000 €)

Für den Hochwasserschutz Raigering / BA 4 betragen die Gesamtkosten 475.000 €. Im Haushalt 2013 werden hierfür zunächst 50.000 €, insbesondere für Planungsleistungen eingestellt.

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

12.2. Hochwasserschutz nördlicher Mariahilfberg
(HHSt. 1.1431.9590 – Ansatz: 30.000 €)

Da die Verwaltung im Haushaltsentwurf 2013 bei der HHSt. 1.1431.9590 bereits entsprechende „Planungsmittel“ i. H. v. 30.000 € eingestellt hat, ist Teil 2 des o. g. Antrages insoweit bereits Rechnung getragen.

13. Konkrete Planungsschritte zur Realisierung des Stadtarchivs im „Schießl-Stadl“

Nachdem die Entscheidung getroffen ist, den „Schießl-Stadl“ zum künftigen Stadtarchiv umzubauen, erwartet die CSU-Stadtratsfraktion laut Antrag vom 22.10.2012, dass im Jahr 2013 hierzu konkrete Planungsschritte erfolgen.

Die CSU-Stadtratsfraktion geht davon aus, dass bei den Städtebauförderungsmitteln von 1,0 Mio. € auch Mittel zur Realisierung dieser Baumaßnahme enthalten sind und erwartet in absehbarer Zeit einen Zeitplan zur Realisierung bzw. Finanzierung.

Da die Verwaltung im Haushaltsentwurf 2013 bei der HHSt. 1.6163.9850 (Städtebauförderung 2013; Altstadt) bereits entsprechende Mittel i. H. v. 1.000.000 € eingestellt hat und geplant ist, die Finanzierung der Maßnahme im Rahmen der Städtebauförderung abzuwickeln, ist dem Antrag insoweit bereits Rechnung getragen.

Die Verwaltung wird noch beauftragt, im Jahr 2013 die notwendigen Schritte zur Planung und Umsetzung einzuleiten.

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

14. Stadtmauer

14.1. Sanierung und Erhalt der historischen Stadtmauer

Lt. Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 22.10.2012 sollten zum Erhalt der historischen Stadtmauer folgende Maßnahmen dringend umgesetzt werden:

- Beseitigung des unkontrollierten Wildwuchses, um die gewohnten Blickbeziehungen zur Stadtmauer wieder herzustellen.
- Beseitigung der Schäden, die durch Bewuchs- und Wassereintrag entstanden sind.

Soweit die dafür notwendigen Maßnahmen nicht über den Unterhalt im Haushaltsentwurf abgedeckt sind, sollten zusätzliche Mittel im Haushalt 2013 bereitgestellt werden.

14.2. Sanierung der Stadtmauer vom Nabburger Tor bis zum Bahnhof

Lt. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 01.11.2012 sollten für die dringend notwendige Sanierung bzw. den Erhalt der Stadtmauer vom Nabburger Tor bis zum Bahnhof im Haushalt 2013 die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden, damit die Schäden nicht noch größer werden und somit die Folgekosten später nicht deutlich höher ausfallen, als der jetzt für die Sanierung notwendige Mittelbedarf.

14.3. Die Gesamtkosten für die Sanierung des Mauerabschnittes vom Nabburger Tor bis zum Bahnhof würden sich nach Angaben des Hochbauamtes auf 635.000,- € belaufen, und wären grundsätzlich im Vermögens-Haushalt einzuplanen.

14.4. Entsprechend dem Antrag der CSU-Stadtratsfraktion und abweichend vom Antrag der SPD-Stadtratsfraktion werden für Sanierung, Unterhalt und Erhalt der Stadtmauer im Haushalt 2013 bei der HHSt. 0.3650.5030 insgesamt 100.000,- € bereitgestellt.

Der jährliche Ansatz für den Unterhalt der Stadtmauer (einschl. Türme, Tore und Kriegerdenkmäler) von 10.000,- € wird somit im Haushalt 2013 einmalig um 90.000,- € aufgestockt.

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

14.5. Unabhängig davon hat die Verwaltung bereits zuvor 90.000,- € für den Wiederaufbau der Einsturzstelle beim Doggenhansl im Haushaltsentwurf 2013 eingestellt (HHSt. 1.3651.9452).

15. Erneuerung der Tore der Fahrzeughalle der FFW Amberg
(HHSt. 1.1311.9452 – Ansatz: 100.000,- €)

Lt. Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 22.10.2012 sollen die Tore der Fahrzeughalle u.a. auch im Hinblick auf das Klimaschutzkonzept der Stadt Amberg aus energetischen Gründen saniert bzw. erneuert werden.

Auf diesen Antrag werden hierfür im Haushalt 2013 Mittel in Höhe von 100.000,- € (nicht 110.000,- €/ Schreibfehler im Antrag) bei der HHSt. 1.1311.9452 bereitgestellt. (Abstimmungsergebnis 10 : 0)

Da die Gesamtkosten 190.000,- € betragen, werden die restlichen 90.000,- € bei der Finanzplanung 2014 eingeplant.

16. Familienfreundliche Stadtverwaltung

Zur Umsetzung familienfreundlicher Personalmaßnahmen werden erstmals im Haushalt 2013 entsprechende Mittel in Höhe von 20.000,- € für folgende Maßnahmen bereitgestellt:

- a) 10.000,- € für die Kinder-Ferienbetreuung (HHSt. 0.0891.4690), und
 - b) 10.000,- € für die Einrichtung von Heimarbeitsplätzen (HHSt. 1.0891.9350).
- (Abstimmungsergebnis 10 : 0)

Mit einem entsprechenden Stadtrats-Beschluss sollen von Referat 1 hierzu noch die Grundlagen für die praktische Umsetzung der verschiedenen Einzelmaßnahmen geschaffen werden.

17. Sanierung / Neubau von Brücken und Stegen

- Pioniersteg
- Bahnbrücke Leopoldstraße
- Hängebrücke LGS-Gelände

17.1. Zwischenlösung für Pioniersteg:

Lt. Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 22.10.2012 sollte unverzüglich mittels einer Hilfskonstruktion eine Zwischenlösung realisiert werden, damit der Pioniersteg wieder für die Benutzung freigegeben werden kann.

Langfristig soll an dieser Stelle ein möglichst höhengleicher, barrierefreier Zugang zur Innenstadt sowohl für Fußgänger als auch für Radfahrer ermöglicht werden.

Hierfür sollten Mittel in Höhe von 50.000,- € im HH 2013 eingestellt werden.

17.2. Hölzerne Behelfsbrücke als vorübergehende Lösung bis zum Neubau des Pioniersteges:

Lt. Antrag der ödp-Stadtratsfraktion vom 31.10.2012 sollte die Verwaltung beauftragt werden, zu prüfen, ob und in welcher Form die hölzerne Behelfsbrücke für Fußgänger, die derzeit vor dem Nabburger Tor installiert ist, nach erfolgter Sanierung der Nabburgertorbrücke als Behelfsbrücke anstelle des Pionierstegs verwendbar wäre.

Ferner sollten die Kosten für eine Neuaufstellung des Pioniersteges ermittelt werden.

Der Antrag hat sich dadurch erledigt, dass die, während der Sanierung der Nabburgertorbrücke aufgestellte hölzerne Behelfsbrücke nicht im Eigentum der Stadt Amberg ist.

17.3. Brückensanierungen bzw. Neubau prüfen:

Lt. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 01.11.2012 sollte die Dringlichkeit der Sanierung der Bahnbrücke Leopoldstraße und der Hängebrücke LGS-Gelände sowie des Neubaus des Pioniersteges überprüft werden.

Sollte demnach eine zeitnahe Umsetzung dringlich sein und die Verschiebung der Maßnahme zu einer Kostensteigerung führen, müssten die entsprechenden Mittel in den Haushalt 2013 eingestellt werden.

Dadurch sollten spätere, durch Verschleppung der Maßnahmen verursachte Kostensteigerungen vermieden werden.

- 17.4. Abweichend von den drei vorliegenden Anträgen werden im Haushalt 2013 zunächst einmalig zusätzliche Mittel in Höhe von 100.000,- € bereitgestellt, die wie folgt aufgeteilt werden:

- a) 80.000,- € bei der HHSt. 0.6300.5141 (Unterhalt: Brücken, Stege)
(d.h.: Aufstockung des bisherigen Ansatzes in Höhe von 62.000,- € auf insgesamt: 142.000,- €) für die provisorische Instandsetzung des Pioniersteges und die Instandsetzung der Hängebrücke LGS-Gelände, sowie
- b) 20.000,- € bei der HHSt. 1.6481.9513 (Bahnbrücke Leopoldstraße) zur Ermittlung des genauen Schadensbildes sowie der, für die Sanierung notwendigen Maßnahmen und Kosten.

In einer der nächsten Sitzungen des Hauptverwaltungs- und Finanzausschusses soll über die entsprechenden Ergebnisse Bericht erstattet werden.

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

18. Geschäftspolitik der Tochterunternehmen

Auf Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 23.10.2012 wird ab sofort in der entsprechenden Stadtrats-Sitzung neben dem öffentlichen Tagesordnungspunkt „Geschäftsbericht“ des jeweiligen Tochterunternehmens (ACM, Gewerbebau GmbH, Stadtbau GmbH, Stadtwerke GmbH und Klinikum St. Marien) im nicht-öffentlichen Teil jeweils ein zusätzlicher Tagesordnungspunkt „Aussprache zum Geschäftsbericht und zur Geschäftspolitik“ anberaumt.

Dadurch soll die Möglichkeit eröffnet werden, gemeinsam mit dem/der jeweiligen Geschäftsführer/in über die aktuelle Geschäftspolitik zu diskutieren und entsprechende Zielvorgaben durch die Gesellschafterin (Stadt Amberg) beraten und verabschiedet zu können.

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

19. Neubau einer Zweifach-Sporthalle bei der Dreifaltigkeits-Schule
(HHSt. 1.2121.9420 – Ansatz: 800.000,- €)

Auf Antrag vom 22.10.2012 (CSU-Stadtratsfraktion), vom 31.10.2012 (ödp-Stadtratsfraktion) sowie vom 01.11.2012 (SPD-Stadtratsfraktion) wird beschlossen, für den Neubau einer Zweifach-Sporthalle bei der Dreifaltigkeits-Schule entsprechende Mittel im Haushalt 2013 bzw. in der Finanzplanung der Folgejahre einzustellen.

Abweichend von diesen Anträgen (jeweils 1 Mio. € im Haushalt 2013) werden im Haushalt 2013 Mittel in Höhe von 800.000,- € bereitgestellt.

(Abstimmungsergebnis jew. 10 : 0)

Die für die weitere Abwicklung notwendigen Mittel werden in der Finanzplanung wie folgt vorgesehen:

2014 : 2.200.000,- €
2015 : 600.000,- €

20. Ermittlung der Kosten für die Umsetzung des im Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss am 08.12.2011 (TOP 5) beschlossenen Park-Leit-Systems

Der Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 08.12.2011 (auf Antrag der ödp-Stadtratsfraktion vom 15.11.2011) beschlossen, dass die Stadt Amberg das unter Nr. 6 im Impulsprogramm der Einzelhandelsentwicklungskonzeption (EHK Seite 130 ff) beschriebene Konzept zur Modernisierung des bestehenden Parkraummanagements-/leitkonzepts im vorgeschlagenen Zeitraum 2012 / 2013 umsetzt.

Ein entsprechender Haushaltsansatz für die Mittel zur Planung bzw. Umsetzung war bzw. ist im Haushalt bisher nicht enthalten.

Deshalb wird auf Antrag der ödp-Stadtratsfraktion vom 01.11.2012 die Verwaltung (unter Federführung von Referat 3) beauftragt, die für die Umsetzung des o. g. Park-Leit-Systems erforderlichen (Planungs-)Kosten zu ermitteln und die Planung der für die Umsetzung notwendigen Einzelmaßnahmen zunächst in einer der nächsten Verkehrsausschusssitzungen vorzustellen.

(Abstimmungsergebnis: 10 : 0)

Da die Aufnahme eines konkreten Haushaltsansatzes bis zur Beschlussfassung über den Haushalt 2013 in der Stadtratssitzung am 19.11.2012 aus zeitlichen Gründen ausscheidet, müssen für den Vollzug des Hauptausschussbeschlusses vom 08.12.2011 ggfs. notwendige Mittel im laufenden Haushalt 2013 außerplanmäßig bereitgestellt werden.

21. Neuveranschlagung der Mittel für den Sozial- bzw. Armutsbericht

(HHSt. 0.4011.6551 / AB 42.420.201)

Im Haushalt 2012 waren für die Erstellung eines sog. „Armutsberichts“ Mittel i. H. v. 20.000 € eingestellt.

Da die Vergabe des Auftrages zur Erarbeitung der Armutsanalyse an das Institut BASIS mit Stadtratsbeschluss vom 07.05.2012 abgelehnt wurde, konnten die Mittel nicht zweckentsprechend eingesetzt werden und werden daher am Jahresende „verfallen“.

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 01.11.2012, diese Mittel für den Armutsbericht im Haushalt 2013 erneut zu veranschlagen, wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt.

(Abstimmungsergebnis: 5 : 5)

22. Einstieg in die „E-Mobilität“ (Elektromobilität)

Damit die Stadt Amberg dem Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energien deutlich zu erhöhen und derartige Ressourcen möglichst direkt am Standort zu erschließen, näher kommt, hat die SPD-Stadtratsfraktion mit Schreiben vom 01.11.2012 beantragt:

- 1) Die Verwaltung wird aufgefordert, mögliche satzungs- und planungsrechtliche Hemmnisse für Solarcarports zu beseitigen.
- 2) Die Stadt Amberg errichtet auf dafür geeigneten, öffentlichen Flächen Solarcarports.
- 3) Die Stadt Amberg wird bei der Neuanschaffung von PKW's Elektrofahrzeuge erwerben, die mit Strom aus erneuerbaren Energien versorgt werden.

In Abänderung bzw. Ergänzung dieses Antrages (siehe Ziffer 3) wurde beschlossen:
 zu 1) Kein Bedarf, da entsprechende Hemmnisse nicht vorliegen.
 zu 2) Die Verwaltung wird beauftragt, darauf zu achten, dass auf dafür geeigneten Flächen Solarcarports errichtet werden.
 zu 3) Die Stadt Amberg und ihre Tochter-Gesellschaften werden beauftragt, bei der Neuanschaffung von Dienstfahrzeugen die Anschaffung von Elektrofahrzeugen zu prüfen.
 (Abstimmungsergebnis zu 2 und 3 jeweils 10 : 0)

23. Berücksichtigung des Radwegekonzepts bei den Planungskosten
 (HHSt. 1.6101.9490 – Gesamtansatz: 100.000 €)

Der Ansatz für Planungskosten für die Stadtplanung wurde von zuletzt jährlich 15.000 € im Haushaltsentwurf 2013, insbesondere zur Abarbeitung diverser Bebauungsplanverfahren von der Verwaltung einmalig auf 100.000 € erhöht.

Auf Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 04.11.2012 wurde beschlossen, dass von diesem Ansatz (100.000 €) für das Amberger Radwegekonzept Planungsmittel i. H. v. 15.000 € zu berücksichtigen sind.

Diese Summe wurde in der überparteilichen „AG Radwege“ übereinstimmend als notwendig angesehen.

(Abstimmungsergebnis: 10 : 0)

Ergänzend wurde ferner beschlossen, dass bei Bedarf für notwendige „Sofortmaßnahmen“ zur Umsetzung des Radwegekonzepts während des laufenden Haushaltsjahres außerplanmäßig entsprechende Mittel bereitgestellt werden.

(Abstimmungsergebnis: 10 : 0)

24. Historisches Stadtschauspiel „Amberger Welttheater – Der Herbst des Winterkönigs“ im Jahr 2014

(HHSt. 0.3410.6316 – Ansatz: 60.000 €)

Der Kulturausschuss hat in seiner Sitzung am 06.11.2012 eine erneute Aufführung des historischen Stadtschauspiels „Amberger Welttheater - Der Herbst des Winterkönigs“ im Jahr 2014 befürwortet und empfohlen, im Haushalt 2013 Mittel in Höhe von 60.000 € bereitzustellen sowie in der Finanzplanung 2014 weitere 100.000 € einzuplanen.

Auf mündlichen Antrag von Referat 6 vom 08.11.2012 in der Sitzung wurde beschlossen:

- 1) Das o. g. Stadtschauspiel wird 2014 aufgeführt.
- 2) Ein regelmäßiger Veranstaltungs-Rhythmus für das Stadtschauspiel wird nicht festgelegt.
- 3) Im Haushalt 2013 werden Eigenmittel in Höhe von 60.000 € bereitgestellt; weitere Eigenmittel in Höhe von 100.000 € werden bei der Finanzplanung 2014 eingeplant.

(Abstimmungsergebnis zu Ziffer 1 – 3 jeweils: Zustimmung 7; Ablehnung 3)

Im Hinblick auf die Förderung des Stadtschauspiels wurde H. Dersch darauf hingewiesen, dass eine reine Wiederholung der Aufführung von 2009 voraussichtlich nicht gefördert wird. Die Fördervoraussetzungen sind insoweit rechtzeitig zu klären!

Auf Anfrage von H. Mertel, ob berücksichtigt sei, dass 2014 Pfingsten relativ spät sei und man in Kollision mit anderen Veranstaltungen kommen könne und auf Anmerkung von H. Oberbürgermeister, dass 2014 auch Fußballweltmeisterschaft in Brasilien sei, erklärte H. Dersch, dass man dies in den Überlegungen berücksichtigt habe.

25. Sonstiges / Referat 6

Auf mündlichem Antrag von Referat 6 in der Sitzung wurde beschlossen, im Verwaltungshaushalt 2013 zusätzliche Mittel in Höhe von insgesamt 12.000 € bereitzustellen, die wie folgt aufgeteilt werden:

25.1. 5.000 € (HHSt. 0.0000.6314)

für Städtepartnerschaften und Schüleraustausch

Der bisherige Ansatz dieser Haushaltsstelle (20.000 €) wird um jährlich 5.000 € auf 25.000 € aufgestockt.

25.2. 6.500 € (HHSt. 0.3202.6587)

für den Aus- bzw. Umzug der Archäologischen Staatssammlung aus dem Stadtmuseum nach München

Der bisherige Ansatz dieser Haushaltsstelle (1.100 € allgemein für Transportkosten) wird einmalig um 6.500 € auf 7.600 € aufgestockt.

25.3. 500 € (HHSt. 0.3202.6430)

für das Fachaufgabenbudget 61.630.400 des Stadtmuseums

Wegen gestiegener Kosten in diesem Budget, insbesondere für Winterdienst / Straßenreinigung, Versicherungen etc. wird der bisherige Ansatz der o. g. Haushaltsstelle (3.800 € für Versicherungen) um jährlich 500 € auf 4.300 € aufgestockt.

(Abstimmungsergebnis zu Ziffer 25.1 – 25.3 jeweils 10 : 0)

26. Mittelbereitstellungen aufgrund der Anforderungsliste „Anträge Dritter auf neue oder höhere Zuschüsse“ vom 30.10.2012

(sh. Anlage 2 zur Beschlussvorlage vom 30.10.2012, Vorlage-Nr. 002 / 0187 / 2012, zum Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss vom 08.11.2012) wurden nicht beschlossen.

Insoweit bleibt es bei den in dieser Anlage / Anforderungsliste genannten Anträgen bei den bisher bereits im Haushaltsentwurf 2013 eingestellten Ansätzen bzw. erfolgt kein (neuer) Zuschuss.

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

27. Haushaltsausgleich:

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Beschlüsse (Einnahmen / Ausgaben) ergab sich noch eine Deckungslücke (rd. 500.000 €), die im Haushaltsentwurf 2013 abschließend wie folgt ausgeglichen wurde:

- 27.1. durch Einnahmeerhöhung
um 300.000 € beim Gewerbesteueransatz (unabhängig von einer Hebesatz-
Erhöhung – sh. Ziffer 3.4 Buchst. a), und
- 27.2. durch Ausgabenenkung
a) um 100.000 € bei der HHSt. 1.8800.9322 (Erwerb bebauter Grundstücke) und
b) um 100.000 € bei der HHSt. 1.8810.9321 (Erwerb unbebauter Grundstücke).
(Abstimmungsergebnis jeweils 10 : 0)

Der endgültige Haushaltsausgleich im Haushaltsentwurf 2013 wurde durch
Anpassung / Senkung des Einnahmeansatzes bei der HHSt. 1.9101.3100
(Rücklagenentnahme) um 19.116,00 € herbeigeführt.

Wortprotokoll:

OB Dandorfer nahm aus der Sicht der Stadt Amberg Stellung zum Haushaltsentwurf der
Stadt Amberg.

Im Anschluss daran erläuterte **Stadtkämmerer Mertel** das vorgelegte Zahlenwerk aus Sicht
der Stadtkämmerei.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Abdruck in RP, Ref. 1, Ref. 2, Ref. 3, Ref. 4, Ref. 5, Ref. 6, Amt 2.1,1.10.26